

Artikel publiziert am: 10.04.2014 - 03.00 Uhr

Artikel gedruckt am: 27.04.2014 - 22.12 Uhr

Quelle: <http://www.kreiszeitung.de/lokales/minden-luebbecke/stemwede-Rahden/akteursvielfalt-geht-verloren-3472107.html>

## **Nordkreis-SPD lädt zu Infoabend über erneuerbare Energien und EEG-Novelle ein**

### **„Akteursvielfalt geht uns verloren“**

Rahden - KLEINENDORF · Die Energiewende hat viele Gesichter. Die meisten von ihnen lassen sich gut im ländlichen Raum erkennen. Um diese und die Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ging es am Dienstag im Gasthaus Am Museumshof bei einer Informationsveranstaltung der Rahdener, Espelkamper und Stemweder SPD. An einem Ort war so erkennbar, wer wozu welchen Standpunkt vertritt. Von Blockheizkraftwerk-Betreiber bis Windkraftgegner kamen die verschiedensten Interessengruppen zu Wort.



© Foto: Pröpfer

Während in Pr. Oldendorf die Windräder wachsen, sprachen Hermann Seeker, Gabriele Werner, Prof. Dr. Uwe Leprich, Rainer Rohrbeck und Andre Hilker als Experten über die

## Novelle des EEG und die Energiewende.

Eingeladen hatte die SPD die Experten Prof. Dr. Uwe Leprich, Leiter des Institutes für Zukunftsenergie-Systeme und Sprecher des Forschungsverbundes Erneuerbare Energien (FVVE), Hermann Seeker als neuen Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Minden-Lübbecke und Biogasanlagen-Betreiber, Gabriele Werner, Referentin der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Rohrbeck, Klimabündnis im Mühlenkreis, und Andre Hilker von der Rahdener Firma Hilker Solar. Sie und Moderator Achim Post (MdB) sprachen vor rund 80 Gästen.

Einleitend referierte Prof. Dr. Uwe Leprich zum Thema „Ländlicher Raum: Motor und Nutznießer der Energiewende“. Dem Land werde für die Wende große Bedeutung zugemessen, sagte er. Im Mittelpunkt stünden hierbei die „fluktuierenden“ erneuerbaren Energien Windkraft und Photovoltaik, die die günstigste Stromerzeugung böten. Um das Stromsystem zu optimieren brauche es Infrastruktur und ein flexibles Kraftwerk-System für Zeiten ohne Sonne und Wind. Diese Systemtransformation sei nur mit einer breiten Bürgerbeteiligung und einer großen Akteursvielfalt bei den Erneuerbare-Energie-Investoren möglich, so der gebürtige Rahdener.

Gabriele Werner betonte, die EEG-Novelle solle den Ausbau der Erneuerbaren nicht „abwürgen“. Sie stelle die Weichen für eine langfristige Wende und solle „Fehllenkungen“ richten. Im Norden werde beispielsweise die Onshore-Windenergie durch eine höhere Einspeisevergütung mehr gefördert als im Süden. Das habe zur Folge, dass die Bodenpreise hier drastisch stiegen. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse für Investoren weiter wirtschaftlich sein. Als große Herausforderung sah Werner die Zusammenführung von fossilen Kraftwerken und erneuerbaren Energien im Markt.

In den Medien gebe es das Bild, dass Solarstrom den Strom teuer mache, sagte Andre Hilker. Das gelte es nicht zu schüren. Für die Photovoltaik erwartet er keine großen Auswirkungen durch die EEG-Novelle.

75 Prozent aller Biogas- und 25 Prozent aller PV-Anlagen seien in landwirtschaftlicher Hand, merkte Hermann Seeker an. Einige EEG-Deckelungen hemmten die Bauernschaft jedoch. Veränderungen erhofft er sich für den Bereich des Lebensmittel-Abfalleinsatzes für Biogas-Anlagen. Noch seien diese tabu, nur nachwachsende Rohstoffe wie Mais seien erlaubt. Sein Problem sei es nicht, den Strom loszuwerden, sondern die erzeugte Wärme sinnvoll unterzubringen. Keine Patentlösung gebe es für die Kommunikation der Vermarktung.

Rainer Rohrbeck und das Klimabündnis sehen durch die Novelle Schwierigkeiten auf private Investoren zukommen. „Die Akteursvielfalt geht uns verloren“, sprach er die Bürgerbeteiligung an. Dabei seien zuletzt viele Projekte angestoßen worden. Die Industrie habe Strom in der Vergangenheit günstig einkaufen können. „Dort jammert man auf hohem Niveau.“ Laut Rohrbeck zahle aber der Mittelstand.

Dass die EEG-Novelle die stromintensive Industrie zu den Gewinnern mache, befürchtet Reinhard Steinmann. Er vermutet, dass der Bund die gesetzte Quote der Energiewende

jetzt mit „anderen Akteuren“ erfüllen will. „Ist das nicht auch Ziel, diese Investoren wieder in den Markt zu bringen?“, fragte er Gabriele Werner. Sie verneinte. Dass die Einspeisevergütung nicht bleiben würde, sei absehbar gewesen.

Bevorzugen wolle der Bund keine Größe. Die Direktvermarktung für erneuerbare Energien gebe es heute schon.

Novelle soll Wende

nicht „abwürgen“

Friedrich Schepsmeier nutzte die große Runde, um die Initiative „Sennenwind“ ins Spiel zu bringen. Wenn das Land der Ort der Energiewende sei, müsse es hier Spielräume beispielsweise für Genossenschaften geben, sagte er. Wegen der EEG-Novelle und der Windkraft-Vorranggebiete sehe „Sennenwind“ derzeit keine Chance, sein „Nachbarschaftswindrad“ bauen zu können. Schepsmeier: „Ich finde das ärgerlich.“

Hermann Seeker, der noch Vorsitzender der Rahdener CDU-Fraktion ist, schwor hingegen auf eine einheitliche Abstandsregelung für Rahden. Die von „Sennenwind“ benötigten 300 Meter Abstand zu Wohnbebauungen sah er kritisch.

Für Anlieger seien Abstände zu Windkraftanlagen wie 450 Meter ein „Schlag ins Gesicht“, sagte Wolfgang Klawitz, Vorsitzender der Bürgerinitiative Veto, die sich gegen Anlagen in der Babbelage in Stemwede wehrt. Immobilien verlören ihren Wert, und die Bürgerschaft bekäme „akustische Störungen“ vorgesetzt. In Bayern und Sachsen gebe es größere Abstände. Klawitz bat Achim Post und Gabriele Werner, diese Erkenntnisse mit nach Berlin zu nehmen. Gleiches tat Ernst Lohmeyer als Vorsitzender des Vereins „Pro Pr. Oldendorf/Stemwede – contra Windkraft“. Er kritisierte, dass im Baugutachten für die neuen Pr. Oldendorfer Anlagen die Störche und andere Vögel nicht berücksichtigt wurden. Der Mensch werde hier aber auch nicht geachtet. Immer heiße es „grüne Krone Westfalen“. „Bedeutet das nichts mehr?“, fragte Lohmeyer. Sein Verein habe sich immer bemüht, sachlich zu arbeiten. Die Politik lud er zu einem Besuch nach Pr. Oldendorf ein.

Die Bedenken der Bevölkerung kämen in Berlin an, beteuerte Gabriele Werner. Bei der Gesetzgebung müsse aber darauf geachtet werden, dass sich „jede regionale Situation“ darin wiederfände. • **kap**

---

Artikel lizenziert durch © kreiszeitung

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.kreiszeitung.de>